



VERTRAUEN SCHAFFEN

Die Bevölkerung des Kantons Luzern steht hinter der Strategie des Regierungs- und des Kantonsrates: Fusionen auf der Landschaft zur Stärkung der Gemeinden, Fusionen in den Zentren zur Stärkung der Zentren und des Kantons. Die Nachanalyse von gfs.bern zeigt, dass sich die Bevölkerung eine vereinigte Stadtregion vorstellen kann und auch mitträgt.

In Emmen, wo die Abstimmung zum Fusionsbeitrag an Littau-Luzern mit grosser Mehrheit abgelehnt worden ist, können sich eine Mehrheit der Bevölkerung und fast alle Parteien vorstellen, dereinst zu Luzern zu gehören.

Das zeigt, die Politik und mit ihr die Bevölkerung vertrauen auf den Weg hin zum starken Kanton. Was aber fehlt, ist die Möglichkeit zur Unterstützung von Fusionen in den Zentren. Ohne diese lässt sich die Strategie nicht umsetzen. Das heisst, die Politik ist aufgefordert, Vertrauen bei der Bevölkerung aufzubauen. Es gilt aufzuzeigen, dass die Investition in Fusionen gut angelegtes Geld ist. Nur so lässt sich der Weg hin

zum starken Kanton realisieren.



Judith Lauber
Leiterin Amt für Gemeinden

REGIERUNGSRATSPRÄSIDENT DÜRR IM INTERVIEW:

«STÄRKEN STÄRKEN, SCHWÄCHEN ABBAUEN»

Markus Dürr ist der Regierungspräsident des Kantons Luzern seit anfangs 2008. Demnächst wird er das Legislaturprogramm 2007–2011 vor dem Kantonsrat vertreten. Ein wesentlicher Teil davon ist die Strukturreform des Kantons: Fusionen in den Zentren und auf der Landschaft. Eine Einschätzung des Themas durch den Regierungspräsidenten.

Im Legislaturprogramm 2007–2011 hält der Regierungsrat an der eingeschlagenen Strategie hin zu den starken Zentren fest.

Markus Dürr: Die Strategie einer Regierung ist auf Zeit angelegt, sie kann diese nicht ständig ändern. Zumal es Bestrebungen gibt, die diese Strategie unterstützen.

Das negative Abstimmungsresultat über den Fusionsbeitrag an Littau-Luzern zeigt aber in eine andere Richtung.

MD. Die Bevölkerung des ganzen Kantons konnte sich am 25. November 2007 zum ersten Mal überhaupt zur Fusionspolitik der Regierung äussern. Die Nachanalyse zeigt, dass die Politik von Regierungsrat und Kantonsrat gestützt worden ist. Nämlich: Zentren auch durch Fusio-

nen zu stärken. Das Nein war weder ein Nein zur Vereinigten Stadtregion noch ein Nein zu Fusionen auf der Landschaft. Kritisch beurteilt wurde von der Bevölkerung die Finanzierung. Es hat sich auch gezeigt, dass es schwieriger ist, Fusionen mit der Stadt finanziell zu unterstützen als Fusionen auf der Landschaft. Dafür brauchen wir nun ein gutes Konzept, in dem die Vorteile aufgezeigt werden.

Der Grund für die unterschiedliche Betrachtung von Fusionen in den Zentren und auf der Landschaft liegt in der Geschichte der Gemeindereform 2000+.

MD. Ja, früher waren Fusionen vor allem als Zusammenschlüsse von kleinen, teils finanzschwachen Gemeinden gedacht. Heute geschehen auch Fusionen im

Grossen, und das ist neu. Die Fusion Littau-Luzern ist für den Kanton sehr wichtig. Doch bei der Finanzierung solcher Agglo-Stadt-Projekte besteht eine Lücke. Im Moment haben wir nur eine Schatulle für die Landschaft. Das geht nicht. Hier wollen wir in Zukunft eine gerechte Lösung.

Warum unterstützt der Kanton überhaupt Fusionen? Eigentlich müssten diese von sich aus rentieren.

MD. Es gibt überall die gleichen Erfahrungen, ob bei Spitalzusammenschlüssen oder in der Industrie: Jede Fusion benötigt Anfangsinvestitionen. Wo diese nicht getätigt werden, kann sich später auch kein Nutzen einstellen. So gesehen ist der Kantonsbeitrag ein Anreiz, um anfängliche Fusionskosten mitzufinanzieren.

Warum diese Kosten am Anfang einer Fusion?

MD. Es sind unterschiedlich starke Gemeinden, die sich zusammenschliessen. Und der stärkere Teil soll durch den Zusammenschluss keine Nachteile erfahren. Dadurch muss der höhere Steuerfuss gesenkt werden. Dann gibt es Reorganisationskosten: Vielleicht muss hier ein Schulhaus geschlossen werden, in einem anderen Bereich wird aufgestockt. Möglich, dass an einem Ort Personal eingespart werden kann. Diese Stellen werden nicht zwingend wegrationalisiert, oft ergeben sich gerade durch die Fusion neue Möglichkeiten. Aber letztlich muss eine Fusion einen Nutzen bringen.

Die Stadt Luzern und Littau sind die Fusion eingegangen auf die Gefahr hin, keinen Fusionsbeitrag zu erhalten.

MD. Das konnte die Stadt einmal tun, speziell weil wir uns in einer guten Konjunkturphase befinden. Doch diese Si-

tuation wird einmalig bleiben, weil die Stadt und ihre Stimmberechtigten kein zweites Mal Hand zu einem solchen Handel bieten werden. Weitere Zusammenschlüsse mit der Stadt brauchen eine Mitfinanzierung durch den Kanton. Der Nutzen für den gesamten Kanton, wenn im Zentrum fusioniert wird, ist pro eingesetzten Franken höher als durch Fusionen auf dem Land. Letztere sind relativ teuer. Letztlich kommt das Geld, das für Fusionen bezahlt wird, auch von den Zentren.

Fusionen auf der Landschaft sind heute salonfähig. Oft wird dabei vergessen, dass diese in den Anfängen genauso umstritten waren wie in der Agglomeration heute. Sind Sie zufrieden mit dem Resultat?

MD. Ja, sehr. Ich hätte vor zehn Jahren nicht gedacht, dass die Gemeinderreform in so kurzer Zeit diesen Erfolg haben könnte. Besonders freut mich, dass der Gedanke «Fusion als Option» heute in den Köpfen der Gemeindeverantwortlichen steckt. Wenn Veränderungen anstehen, wird auch an Fusion gedacht. Es hat ein Umdenken stattgefunden.

11 Fusionen, cirka 20 Gemeinden weniger. Das ist eine erfolgreiche Bilanz.

MD. Ja. Kommt dazu, dass die meisten fusionierten Gemeinden vorwärts gemacht haben. Sie konnten Steuern senken und Schulden abbauen. Sie stehen heute besser da als früher – und das erstaunlich schnell. Die Gemeinderreform ist ein Erfolgskonzept.

Besteht auf der Landschaft noch immer Handlungsbedarf?

MD. Wenn ich unseren Kanton mit den umliegenden vergleiche, dann sicher: Der Kanton Zug zählt knapp 110 000



Regierungspräsident Markus Dürr

Einwohner und 11 Gemeinden. Auf eine Gemeinde kommen damit rund 10 000 Einwohner. Wir haben gut 4 000 und selbst im ländlichen Kanton Obwalden besteht ein Bevölkerungsdurchschnitt pro Gemeinde von 4 600 EinwohnerInnen. Wenn ich mit dem Kanton Zug vergleiche, müsste der Kanton Luzern 36 Gemeinden zählen. Das ist unrealistisch, doch es wäre gut, wir kämen in die Nähe von 60 bis 70 Gemeinden.

Wo gibt es am meisten Handlungsbedarf?

MD. Überall dort, wo die Gemeinden Sonderbeiträge verlangen. Sie müssen sich die Frage stellen, ob die Fusion eine Möglichkeit ist, um aus der Krise zu gelangen. Es gibt Gemeinden, die sich besser oder schlechter für Fusionen eignen. Doch wer Sonderbeiträge anfordert oder bereits erhalten hat, muss sich die Fusionsfrage permanent stellen. Denn mit den Beiträgen alleine sind sie noch nicht saniert.

In Ihrer Wohngemeinde Malters ist ein Fusionsprojekt vor Jahren gescheitert. Eines der wenigen Projekte – warum?

MD. Damals ging es zum ersten Mal um einen ziemlich grossen Fusionsbeitrag. Ich habe dieses Scheitern persönlich sehr bedauert, Malters hatte grosse Garantien verlangt. Vielleicht fehlte damals noch das unternehmerische Denken. Ich befürworte diese Fusion heute immer noch. Werthenstein z.B. gehört zu denjenigen Gemeinden, denen es wirtschaftlich nicht gut geht. Die Gemeinde wird nicht alleine über die Runden kom-



Für Fusionen auf der Landschaft ist die Finanzierung durch den Sonderfonds im Finanzausgleich gesichert.

men und muss eine Lösung finden. Es gibt verschiedene Optionen: das alte Projekt aktivieren bis hin zu einer Talfusion mit Wolhusen bis Malters.

Vor einem Jahr hat der Regierungsrat neue Akzente gesetzt und sich vermehrt auf die Zentren konzentriert. Bringen kleine Fusionen zu wenig?

MD. Beides ist wichtig. Die kleinen Fusionen bringen viel, sie sind im Verhältnis aber teuer. Doch der Kanton möchte starke, funktionstüchtige Gemeinden. Das ist der Grund für die Gemeinderreform 2000+.

Es wird behauptet, Fusionen in den Zentren wirkten sich positiv auf den gesamten Kanton aus. Der Tatbeweis dafür ist aber noch nicht erbracht.

MD. Dem würde ich widersprechen. Im Bundesvertrag von 1815 waren Luzern, Bern und Zürich die Vororte der Schweiz. Heute sind Bern (dank Bundesverwaltung) und Zürich (dank einer starken Wirtschaft) gut positioniert. Beide Kantone aber haben vor Jahren eingemeindet und damit ihr Zentrum enorm gestärkt.

Warum setzt der Kanton den Akzent neu auf die Zentren?

MD. Weil die bisherige Politik eher Schiffbruch erlitten hat. Man wollte in jedem Seitental Industrie ansiedeln.

Was ist dabei passiert? Ackermann und Lego haben sich zurückgezogen. Diese Erfahrungen zeigen uns, dass die Industrie dorthin zieht, wo bereits Industrie besteht. Hier sollten wir keinen Sonderzug fahren. Wir müssen die Stärken stärken und die Schwächen abbauen. Wer glaubt, die Schwächen zu Stärken machen zu können, liegt falsch. Dafür reicht unser Geld nicht aus.

Wo liegen die Stärken des Kantons Luzern?

MD. Bei den Ansiedlungen sind unsere Stärken die Zentren und die Agglomeration. Wir müssen deshalb schauen, wohin unsere Finanzen fliessen. Der Kanton Luzern hat zu lange das Geld über den gesamten Kanton gleichmässig verteilt. Zentren sind Kristallisationspunkte für Industrie und Dienstleistungen. Der Kanton braucht dringend zusätzliche Impulse, denn wir liegen gegenüber anderen im Hintertreffen.

Wo hat der Kanton die grössten Schwächen?

MD. Es fehlt ein guter Branchen-Mix. Das rührt daher, dass wir uns zu lange als Agrarkanton verstanden und die Wirtschaft zu wenig entwickelt und gefördert haben. Wir sind noch heute einseitig bau-, tourismus- und landwirtschaftslastig. Diese Branchen sind wichtig, doch daneben braucht es auch Branchen wie die High-Tech-Industrie.

Die Vereinigte Stadtregion, die vereinigte Region Sursee – wie realistisch sind die beiden Projekte?

MD. Für mich ist die Strategie der starken Zentren realistisch. Man kann Politik machen, wie man will, wichtig dabei ist, dass man sich an die Realitäten hält. Das heisst: Industrie und Wirtschaft entwickeln sich dort, wo sie gute Bedingungen vorfinden, und diese liegen in den Zentren Luzern und Sursee. Die Vereinigte Stadtregion wird es künftig geben. Vielleicht machen nicht alle Gemeinden auf Anhieb mit, doch es wird solche geben, die eine Vorreiterrolle übernehmen werden. Es ist ein realistisches Projekt.

Und was passiert mit der Region Sursee?

MD. Diese Gemeinden sind auf dem Weg. Sie sind in ein Projekt eingestiegen, bereits liegt ein erster Bericht vor. Ich bin sicher, dass dort etwas Gemeinsames in Angriff genommen wird. Die Dynamik in der Region Sursee ist gross und sollte genutzt werden.

Ihre Vision in zehn Jahren für den Kanton Luzern?

MD. Unser Kanton wird immer noch Luzern heissen und nicht Kanton Zentralschweiz. Eine solche Entwicklung ist für mich eine Option, aber wohl kaum wahrscheinlich. Der Kanton Luzern wird in zehn Jahren stärker sein. Er wird die Politik der Veränderung weiterführen und deshalb erfolgreich werden. Sicher ist auch, dass es in den nächsten Jahren zu weiteren Fusionen kommen wird: in den Zentren und auf der Landschaft, und ich werde immer noch ein Fan unseres schönen Kantons sein!

Interview. Bernadette Kurmann

ES GEHT AUCH UM RECHTSGLEICHHEIT

Das Nein der Bevölkerung bei der Abstimmung im November 2007 über den Fusionsbeitrag an Littau-Luzern hat den Regierungsrat vor eine neue Aufgabe gestellt. Er muss ein Vorgehen und eine Finanzierung finden, die von der Bevölkerung mitgetragen werden. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann erklärt, wie der Regierungsrat diese Schwierigkeit in den Griff bekommen will.



Finanzdirektor Marcel Schwerzmann

Welche Erkenntnisse zieht der Regierungsrat aus diesem Nein zum Fusionsbeitrag an Littau-Luzern?

Marcel Schwerzmann: Dank der Nachanalyse von gfs.bern wissen wir, dass dieses Nein nicht gegen unsere Strategie «Starke Zentren Luzern und Sursee» generell gerichtet ist, sondern gegen die Finanzierung von Fusionen in den Zentren. Hier haben wir eine Herausforderung zu bewältigen.

Die da wäre?

MS. In der Folge der Erkenntnisse aus der Nachanalyse haben wir das ursprüngliche Gesetz über die finanzielle Unterstützung von Gemeindevereinigungen in der Agglomeration Luzern und der Region Sursee zurückgezogen. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Kantonsrat ein neues Modell entwerfen, wie wir den Kanton Luzern

wirtschaftlich und strukturell stärken wollen. Dabei werden wir die Diskussion über die starken Zentren Luzern und Sursee unter Einbezug der übrigen Massnahmen wie «Neue Regionalpolitik», «Sonderbeiträge», «Zusammenhalt von Stadt und Land» usw. neu führen.

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass auch Gemeinden in den Zentren einen Fusionsbeitrag erhalten sollten.

MS. Diese Haltung teile ich. Hier geht es einerseits um Rechtsgleichheit. Auch eine Fusion zwischen Gemeinwesen, denen es vermeintlich besser geht, kostet. Deshalb darf es keine Einteilung geben in Gemeinden, die vom Kanton im Falle einer Fusion unterstützt werden, und anderen, die keine finanzielle Unterstützung erhalten. Andererseits muss die Diskussion über die Höhe eines Kantonsbeitrags neu geführt werden.

Dann waren 20 Mio. Franken für die Fusion Littau-Luzern zu viel?

MS. Pro Kopf der Bevölkerung war dieser Beitrag der tiefste aller je bezahlten Fusionsbeiträge im Kanton. Aber die Bevölkerung des Kantons Luzern hat ihn als zu hoch beurteilt. Die Stimmbürgerschaft hat sich gesagt: Jede Fusion bringt Ersparnisse, weshalb dann zusätzlich einen Kantonsbeitrag in Millionenhöhe?

Diese Aussage scheint nachvollziehbar. Haben Sie eine Antwort darauf?

MS. Jede Fusion kostet, und Synergien sind nicht am ersten Tag der Fusion erzielbar. Sie stellen sich erst allmählich ein. Für den Kanton sind die Fusionen in den Zentren wichtig. Sie kommen aber nicht zustande, wenn durch die Fusion eine Seite zu grosse Nachteile in Kauf nehmen muss. So gesehen, ist der Kantonsbeitrag ein Anreiz, damit Fusionen überhaupt in Angriff genommen werden.

Das heisst: ohne finanzielle Mittel keine Fusionen.

MS. Das ist in der Regel so. Wir werden das Vertrauen der Bevölkerung in dieser Frage gewinnen müssen.

Wie wollen Sie das tun?

MS. Indem wir eine Gesamtschau über die bisherigen Massnahmen zur wirtschaftlichen und strukturellen Stärkung des Kantons erarbeiten und kommunizieren. Wir werden beispielsweise über die Finanzströme im Kanton sprechen oder über die Resultate der bereits erfolgten Fusionen. Eine neue Studie zeigt, dass es den fusionierten Gemeinden nicht nur wirtschaftlich besser geht, sondern sich auch die Qualität der Dienstleistungen verbessert. Davon profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger. Umfragen zeigen, dass sich 90 Prozent später noch einmal gleich entscheiden würden.

Interview: Bernadette Kurmann